

Die Überschriften und Kommentare nach der Landtagswahl in Bayern vom 28. September benutzten vielfach ein dramatisches Vokabular: Waterloo, politisches Erdbeben, Ende einer Staatspartei, Tsunami. In der Tat ist der Verlust der CSU von 17,3 Prozent ein Absturz, den dieselbe CSU mit 24,9 Prozent Verlust nur bei den Wahlen 1950 übertroffen hatte. Und dennoch wäre es fahrlässig, auf eine Partei, die 43,4 Prozent der Stimmen erhalten hat und der nur zwei Mandate an der absoluten Mehrheit fehlen, mit verfrühten Nachrufen den politischen Abgang anzustimmen.

Abwanderung aus Protest

Nicht dass die CSU sich von den 62,1 Prozent des Jahres 2003 entfernte, war die eigentliche Überraschung, sondern dass sie die absolute Mehrheit – sei es der Stimmen oder der Mandate – verfehlte. Sie hat sich offensichtlich bei der Wahl am 28. September nicht mehr auf eine politisch-kulturelle Hegemonie in Bayern stützen können. Der fünfzig Jahre währende Mythos der CSU als selbstverständlicher Repräsentantin eines eigenständig-erfolgreichen Bayerns hatte seine Strahlkraft verloren.

Eine Analyse der Bayern-Wahl kann nicht bei dieser allgemeinen Feststellung stehen bleiben. Wer hat nicht mehr für die CSU gestimmt und warum? Die CSU verlor am 28. September besonders an vier Gruppen: an die Freien Wähler circa 190 000, an die FDP circa 180 000, an die Nichtwählerschaft circa 130 000 und

schließlich bei den Erstwählern sowie bei den seit 2003 Verstorbenen circa 130 000 Stimmen. Dies sind 630 000 Stimmen bei insgesamt 820 000 Stimmen Verlust für diese Partei. Allein diese Zahlen belegen, dass in Bayern keine tektonischen Verschiebungen im Rechts-links-Schema erfolgt sind, sondern innerhalb eines als bürgerlich charakterisierbaren Lagers. Dies lässt den Schluss zu, dass die Abwanderung aus dem Wählerreservoir der CSU in erster Linie ein Protest gegen die Politik und die Selbstdarstellung der Partei in der abgelaufenen Legislaturperiode war und kein Votum für eine prinzipiell andere Politik in Bayern. Fragt man, in welchen Bevölkerungsgruppen die CSU überdurchschnittliche Verluste hinnehmen musste, trifft man auf ein Gemisch aus soziokulturellen Segmenten: Es waren insbesondere Dorfbewohner, selbstständige Mittelständler, Jungwähler, kleine Leute und Arbeiter. Bei den Landwirten verlor die CSU 39 Prozent, bei den Arbeitern 24 Prozent, bei den Selbstständigen 22 Prozent und bei den 18- bis 24-Jährigen 25 Prozent. Lediglich der relativ geringe Verlust von nur neun Prozent bei den über 60-Jährigen verhinderte eine noch höhere Niederlage. Alle Altersgruppen unter sechzig Jahren haben die CSU mit weniger als vierzig Prozent gewählt. (Alle Angaben laut der Wahltagsbefragung, der Wahlanalyse und der Nachwahlbefragung von Infratest/dimap.)

Regionale Einbußen

Auch regional betrachtet, sind die Einbußen der CSU beträchtlich. Hatte sie

2003 noch in allen sieben Bezirken absolute Mehrheiten erzielt, so gelang dies 2008 in keinem mehr. Überdurchschnittlich schlecht schnitt sie mit 20,9 Prozent Verlusten in Oberbayern, mit 19,4 Prozent in Niederbayern und 18,1 Prozent in der Oberpfalz ab. Aber auch in Franken musste sie Verluste zwischen 11,7 Prozent und 14,5 Prozent hinnehmen, in Schwaben 16,8 Prozent. Stellt man schließlich die Frage, welche Themen zu welchem Zeitpunkt die Wähler bewegt haben, so ergeben sich auch hier deutliche Anhaltspunkte. Bei der Bayernwahl entschieden sich vier von zehn Urnengängern während der letzten Tage vor der Wahl oder am Wahlsonntag. Die Anhänger der Freien Wähler haben sich zu über fünfzig Prozent erst wenige Tage vor der Wahl in ihrer Entscheidung festgelegt, die Wähler der FDP zu 44 Prozent. Bei der CSU waren dies lediglich 36 Prozent, während 38 Prozent sich längerfristig festgelegt hatten. In diesen Zahlen zeigt sich, dass der Wahlkampf der CSU nicht überzeugend auf die hin- und hergerissenen ehemaligen CSU-Wähler einzugehen vermochte.

Entscheidende Wahlmotive

Bei den ausschlaggebenden Motiven für die Wahlentscheidung sind erhebliche Unterschiede zwischen den Wahlen 2003 und 2008 festzustellen. Das Thema Wirtschaft verlor elf Punkte gegenüber 2003, das Thema Schule/Bildung zog mit sieben Punkten an. Die drei am häufigsten genannten Themen waren Wirtschaft mit 32 Prozent, Gerechtigkeit mit 26 Prozent und Arbeitsmarkt sowie Bildung mit 19 Prozent. 2003 war der Spitzenkandidat für 36 Prozent der CSU-Wähler wahlentscheidend, 2008 waren es nur noch 21 Prozent; die Kompetenz der CSU war wahlmotivierend für 35 Prozent (minus 3 Prozent zu 2003); die Loyalität zur CSU war für 32 Prozent ausschlaggebend (plus 12 Prozent zu 2003). Die kontroversen The-

men Bildung und soziale Gerechtigkeit hatten 2008 viel Gewicht bei der Wahlentscheidung gegenüber den 2003 dominierenden Themen Wirtschaft und Zugkraft des Spitzenkandidaten gewonnen. Die Loyalität in der CSU-Klientel hatte 2008 eine besondere Bedeutung. So konnten immerhin noch 43,4 Prozent erreicht werden.

Was aber stand hinter diesen soziokulturell nachweisbaren Wahlverlusten der CSU, sodass eine auch 2003 bis 2008 ungewöhnlich erfolgreiche Regierung abgewählt wurde? Vier Punkte scheinen für eine Erklärung brauchbar zu sein.

Der CSU und der bayerischen Staatsregierung ist es nicht mehr gelungen, „näher am Menschen“ zu sein und so zu handeln. Besonders die kleinen Leute fühlten sich nicht mehr mitgenommen, nicht mehr in symbolischen Handlungsfeldern durch Partei und Regierung repräsentiert. Es wurde von oben durchregiert in durchaus bester Absicht, dem Volk Gutes zu tun, ohne dass das Volk dies für sich als gut wahrnahm. Beispiele sind das juristisch bis zur verfassungsgerichtlichen Belobigung durchkonstruierte Nichttrauchergesetz und die Verkürzung der Gymnasialzeit (G8). Es hat Konsequenzen, wenn ein Teil der Bevölkerung unter dem stillen Beifall des größeren Teils Protest gegen einen Eingriff in die *liberalitas bavariae* durch die Umwandlung von Kneipen in Raucherclubs praktiziert. Es führt zu politischer Unruhe, die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre bis zur Wahl 2003 abzulehnen, um sie dann von heute auf morgen in einer Art Oktroi durchzusetzen. Viele ehemalige CSU-Wähler haben 2008 die von ihnen so empfundene Arroganz der Macht in der abgelaufenen Legislaturperiode abgestraft. Daran konnte auch die halbherzige Korrektur nach dem Putsch von Wildbad Kreuth nichts ändern.

Dem neuen Führungsduo Huber/Beckstein ist es nicht gelungen, sich als

Die Landtagswahl in Bayern vom 28. September 2008 hat den Anspruch der CSU als repräsentative Volks- und Staatspartei auf den Prüfstand gestellt. Doch ist die Niederlage primär als Denkkzettel und nicht als politische Kehrtwende zu verstehen: SPD und Linkspartei konnten insgesamt nicht profitieren.

© dpa, Foto: Karl-Josef Hildenbrand



repräsentativ für ein starkes Bayern zu profilieren. Im Gegenteil, die CSU selbst hat mitgeholfen, die vernichtende Parole „Die können es nicht“ als Unterströmung des Wahlkampfes zu verbreiten. Die Aufforderung des Slogans auf einem Wahlplakat der Grünen an Huber und Beckstein „Geht mit Gott – aber geht!“ traf auf latente Zustimmung.

Mangel an Stärke

Die nicht erfolgte Repräsentanz Bayerns durch die Führung wurde verstärkt durch Ereignisse, die zur Vorstellung eines starken Bayerns nicht passten. Hierzu gehörten insbesondere die Turbulenzen bei der Bayerischen Landesbank, die Farce um die Magnetschwebbahn zwischen Münchner Flughafen und Bahnhof sowie die Auseinandersetzungen mit der Schwesterpartei CDU über die Wieder-

einführung der Kilometerpauschale und die Ankündigung von steuerlichen Entlastungen. Es war strategisch falsch, dass die CDU in diesen Punkten Dissens mit der CSU herausstellte, statt in der Zielsetzung Konsens zu betonen.

Der CSU gelang es nicht, 2007/2008 eine übergreifende Idee von Bayern und Bayerns Zukunft zu entwickeln. Der Anspruch, Bayern zu einer der fünf am besten aufgestellten Regionen in der Welt zu machen, klang eher theoretisch und halbherzig. Das Fehlen einer übergreifenden Idee für Bayerns Zukunft förderte die Artikulation von Partikularinteressen besonders bei Bauern, Beamten und Mittelstand. Es förderte auch das aufkommende Gegeneinander der Regionen. Man sprach nicht mehr über den erreichten und künftigen Spitzenplatz Bayerns in Deutschland und Eu-

ropa, sondern über Milch, G8, Mittelstandsbedrückung durch die Große Koalition in Berlin, die regionalen Versäumnisse und Übervorteilungen, also über kleinteilige Themen. Diese Themen wurden aber besser und überzeugender von den Freien Wählern und der FDP bedient.

Nicht zuletzt mag die Dynamik der Mediengesellschaft auch in Bayern ihre Wirkung gehabt haben. Der skandalisierende Medienhype zeigte Wirkung sowohl in der Frage, mit wie viel Bier man noch Auto fahren könne, als auch in der Frage, ob Frau Beckstein auf dem Münchener Oktoberfest ein Dirndl tragen müsse; er war aber auch wirksam in der Insinuation des zu klein geratenen Langweilers an der Spitze. Eine verunsicherte Gesellschaft lässt sich gern durch solche Art öffentlicher Kommunikation legitimieren, Spitzenpersonal moralisch zu beurteilen, um es so besser austauschen zu können. Dies begünstigt Protestparteien beziehungsweise Parteien, die Protest aufsaugen, gegenüber Volksparteien und gibt Spitzenpersonal mit weniger ausgeprägtem politischen Charisma wenig Chancen.

Krise der Volksparteien

Ist das Ergebnis der CSU in Bayern symptomatisch für die Krise der Volksparteien? Ist es ein Zeichen dafür, dass die Auflösung traditionellen Milieus, das Verdunsten der Volkskirchen und die neue gesellschaftliche Unübersichtlichkeit und Buntheit auch und zuletzt in Bayern angekommen sind?

Einiges spricht dafür, dass die Krise der Volksparteien nunmehr auch die CSU erreicht hat. Hatten CSU und SPD 2003 noch über 80 Prozent aller Stimmen gewonnen, waren es 2008 nur noch 62 Prozent. Im Bayerischen Landtag sitzt nunmehr mit den Freien Wählern eine Partei jenseits der CSU, zusätzlich sind FDP und Grüne stabilisiert und gestärkt. Bei einer

Nachwahlbefragung hielten 72 Prozent der Befragten den Ausgang der Wahl gut für die Entwicklung Bayerns, auch eine Mehrheit der CSU-Anhänger war mit 54 Prozent dieser Meinung. Die eher vergangenheitsorientierten Wähler über 60 Jahre blieben der CSU im Wesentlichen treu, die jungen, mitten im Leben stehenden und gut ausgebildeten Wähler liefen zu über 20 Prozent weg.

Denkzettel statt Kehrtwende

Einiges spricht allerdings auch dafür, dass die CSU ihren Rang als bayerische Volks- und Staatspartei wiedererlangen kann. Die Wähler waren offensichtlich in erster Linie an einem Denkzettel interessiert und nicht an einer politischen Kehrtwende. Dafür spricht, dass SPD und Linkspartei von der Schwäche der CSU nicht profitieren konnten und dass es zur Regierung unter Führung der CSU keine Alternative gibt. Die Wähler könnten daher die Botschaft „Wir haben verstanden“, die von der CSU ausgehen muss, in Zukunft sehr wohl honorieren. Die schon häufig unter Beweis gestellte Verwurzelung und Regenerationskraft der CSU sind auch nach der Niederlage 2008 vorhanden.

Allerdings zeigt die Bayern-Wahl sehr ernsthafte Warnzeichen. Ohne eine CSU, die im nächsten Jahr bei der Europa- und bei der Bundestagswahl wieder erstarkt, wird es in Deutschland keine bürgerliche Mehrheit geben. Ohne eine zukunftsgerichtete Perspektive sind Wahlen für eine Volkspartei nicht erfolgreich zu bestehen. Ohne Einbindung und Rücksicht auf die Stammwähler reicht der volatile Anteil der Unionsklientel für einen Führungsanspruch nicht aus. Ohne einen deutlich herausgestellten Zusammenklang zwischen der Führung einer Volkspartei und ihrem programmatischen Erscheinungsbild, ohne ein Identitätsgefühl zwischen Führung und Partei ist die Gefahr groß, dass bei einer konkreten Wahlentscheidung die Partei auf der Strecke bleibt.